

Volksblatt-Interview mit S.D. Erbprinz Alois

Volksblatt: Durchlaucht, Ihr erstes volles Amtsjahr neigt sich dem Ende zu, Hand aufs Herz: War das Regieren für Sie insgesamt schwieriger oder leichter als erwartet?

S.D. Erbprinz Alois: Es war ungefähr so, wie ich mir das erwartet habe. Ich konnte mich im Verlauf der letzten Jahre auf die Aufgabe gut vorbereiten, denn mein Vater hat mich frühzeitig zu verschiedenen Fragen beigezogen. Daher wusste ich auch ziemlich genau, was mich erwartet.

Sie haben in Ihrer ersten Thronrede im Februar 2005 grundlegende Reformen in der Sozialpolitik, der Bildungspolitik und beim Steuerrecht angemahnt: Kritiker haben dieses «Fürstliche Regierungsprogramm» grundsätzlich kritisiert, weil sie der Auffassung sind, dass die Regierung dadurch bevormundet werde, weil von «oben herab» die politischen Leitplanken vorgegeben werden: Was sagen Sie zu dieser Kritik?

Es ist auch in anderen Staaten üblich, dass sich das Staatsoberhaupt zu wichtigen politischen Fragen äussert, insbesondere wenn wichtige Reformprojekte anstehen. Wenn ich mir beispielsweise den deutschen Bundespräsidenten anschau, der in den letzten zwei Jahren viele notwendige Reformen eingefordert hat, dann erachte ich so eine Kritik als vollkommen fehl am Platz. Aber es gibt nun einmal gewisse Kreise im Land, die dem Fürsten oder Erbprinzen am liebsten einen Maulkorb verpassen möchten. Mit solchen Querulanten muss ich in meiner Funktion leben.

Verstehen Sie beispielsweise Ihre Aussagen in der Thronrede eher als Gedankenanstösse oder doch als verbindlichen Auftrag an die Politik, diese Themen politisch umzusetzen?

Ich hoffe schon, dass diese Aussagen nicht nur als Gedankenanstösse verpuffen, sondern dass es in den nächsten Jahren gelingen wird, in unserem Land die eine oder andere grundlegende Reform zu realisieren.

Aber Sie erachten das jetzt nicht als ein «Fürstliches Regierungsprogramm», von dem sie erwarten, dass die Regierung unten in Vaduz dies jetzt umsetzt?

Natürlich verbinde ich das schon mit der Hoffnung, dass die Regierung sich zu diesen Themen nicht nur oberflächliche Gedanken macht, sondern auch konkrete Vorlagen erarbeitet. Ich bin ja auch nicht der einzige, der der Meinung ist, dass dies wichtige Themenbereiche sind. Von daher glaube ich schon, dass es richtig

wäre, in dieser Legislaturperiode zu diesen Themenbereichen Reformvorschläge zu erarbeiten.

Sie haben «grosse Reformen» eingefordert: Wenn man sieht, wie schwierig sich das Ausland mit dringend nötigen Reformen tut, muss man dann nicht sagen, dass der Leidensdruck für grosse Reformen in Liechtenstein derzeit noch viel zu wenig gross ist?

Es ist sicher richtig, dass der Leidensdruck bei uns noch nicht so gross ist. Gerade deshalb halte ich es für mich als Staatsoberhaupt für eine besonders wichtige Aufgabe, zu ermuntern, jetzt schon etwas zu tun, damit wir diesen Leidensdruck gar nicht erst bekommen. Es ist viel leichter diese Reformen anzupacken, solange es uns noch gut geht. Wir sollten nicht einfach nur vor uns hin leben, ohne uns Gedanken zu machen, was wir verbessern können. Es wäre schade, wenn wir warten, bis die Situation bei uns so ist, wie in anderen Ländern. Gewisse Trends zeichnen sich ja bereits ganz klar ab. Im Bereich der stark wachsenden Sozialkosten macht sich die Schere schon auf, und jedes Jahr, das wir zuwarten, macht es dann schwieriger. Von Gesprächen mit den Politikern weiss ich, dass viele dies genau so sehen. Die Schwierigkeit ist, die Bevölkerung zu überzeugen, dass diese Reformen notwendig sind. Denn der Mut der Politik zu Reformen hängt letztlich von der Bereitschaft der Bevölkerung ab.

Kann man im Bereich der sozialen Vorsorge Änderungen vornehmen, ohne Sozialabbau zu betreiben?

Wenn man sparen will, ist es erforderlich, dass man nicht notwendige Ausgaben streicht. Das heisst, dass wir nicht mehr nach dem Giesskannenprinzip jeden üppig mit Sozialleistungen ausstatten dürfen. Denn dadurch unterstützen wir viele, die diese Leistungen gar nicht brauchen. Dies wird natürlich bedeuten, dass diejenigen, die nicht darauf angewiesen sind, künftig auch weniger vom Staat erhalten werden. Die grosse Schwierigkeit und Herausforderung wird sein, der Bevölkerung klar zu machen, dass das, was der Staat in der Vergangenheit alles an Leistungen ausgegeben hat, zwar angenehm aber nicht für alle unbedingt notwendig war. Ein Teil der Bevölkerung wird also bereit sein müssen, zum Wohle derjenigen, die es wirklich brauchen, da und dort auf Leistungen zu verzichten. Nur so können wir auch in Zukunft unsere Sozialsysteme finanzieren. Und Sozialsysteme, die nur noch auf Kosten der nächsten Generation finanzierbar sind, sind nicht sozial.

An was denken Sie, wenn Sie von Giesskanne sprechen?

Wenn ich von Giesskanne spreche, meine ich die Situationen, in welcher Sozialleistungen nach einem allgemeinen Raster an alle verteilt werden, auch an solche, die dieser gar nicht bedürfen. Dies ist sehr teuer, weil dabei meist nur ein kleiner Teil der Mittel an die wirklich Bedürftigen geht.

Sprechen Sie sich mit der Regierung ab, bevor Sie beispielsweise «grosse Reformen» einfordern?

Im Normalfall diskutiere ich die Reformanliegen mit der Regierung, bevor ich sie in Reden oder Interviews anspreche. Dies ist sinnvoll, damit ich nicht etwas einfordere, was der Regierung überhaupt nicht gelegen kommt oder sie ganz anders sieht. Natürlich lässt sich das nicht immer eins zu eins bis ins letzte Detail abstimmen, aber über die grossen Inhalte versucht man sich im Vorfeld schon auszutauschen.

Die Gesundheitsreform, Stichwort Tarmed zeigt wie schwer Reformen durchzusetzen sind: Ist Liechtenstein diesbezüglich Ihrer Einschätzung nach auf dem richtigen Weg?

Sicher ist der Gesundheitsbereich einer derjenigen Bereiche, bei denen wir in Zukunft sparen müssen. Wir haben hier sowohl die demographische wie auch die technologische Entwicklung, die zu einer Kostenexplosion führen, wenn man nicht entsprechende Gegenmassnahmen trifft. In den letzten drei Jahren wurden bei uns erfolgreich Gegenmassnahmen getroffen, die diese Kostenexplosion eindämmen konnten, aber es werden noch mehr Anstrengungen notwendig sein.

Es ist schwierig einzuschätzen, ob Tarmed die gewünschte Wirkung bringen kann. Bezüglich Tarmed müssen meiner Ansicht nach auf folgende Fragen Antworten gefunden werden: Kann Tarmed so eingeführt werden, dass im Vergleich zu heute keine grossen Datenschutzprobleme hinzukommen? Bringt Tarmed den Krankenkassen und Patienten jene Transparenz, die zu Kostenreduktionen führt oder ist die Nettobilanz zwischen Transparenzgewinn und Erhebungskosten negativ? Können wir bei Tarmed sicherstellen, dass die Anreize so gesetzt werden, dass sie bei den Ärzten zu Einsparungen führen?

In der Schweiz gibt es ja gemischte Reaktionen. Allerdings ist jede Einführung eines neuen Systems mit Kinderkrankheiten verbunden. Ob das Kinderkrankheiten sind, die nur in der Anfangsphase auftreten, oder diese sich zu dauerhaften Krankheiten entwickeln, kann ich nicht einschätzen. Am einfachsten wäre es, abzuwarten und zu beobachten, wie sich Tarmed in der Schweiz entwickelt. Allerdings würde dies die Verzögerung einer Reform in einem Bereich bedeuten, in dem die Sozialkosten am schnellsten wachsen.

Bezüglich Reform des Steuersystems haben Sie im Herbst die in Europa derzeit heftig diskutierte Flat Tax in die Runde geworfen: Die öffentlichen Reaktionen darauf waren zurückhaltend: Wie bewerten Sie diesen Umstand?

Ich bin von einer ausländischen Zeitung gefragt worden, was ich davon halte. Ich habe gesagt, dass ich eine Flat Tax grundsätzlich für sinnvoll erachte, weil sie eine wesentliche Vereinfachung des Steuersystems bringt, und ich sie auch für gerecht erachte, wenn sie mit entsprechend hohen Freibeträgen verbunden ist. Dadurch zahlen Menschen mit niedrigem Einkommen sowohl absolut wie auch relativ sehr viel weniger Steuern als solche mit hohem Einkommen. Ungerecht sind im Grunde jene Steuersysteme, die sehr kompliziert sind und diejenigen bevorteilen, die sich die besten Steuerberater leisten können.

Allerdings halte ich die Flat Tax nur für ein wichtiges Element von mehreren, das man näher überprüfen sollte. Eine andere Frage ist eine verstärkte Konsumorientierung der Steuern, um Sparen und Investieren nicht zu belasten und die marktwirtschaftlichen Mechanismen möglichst unberührt zu lassen. Auch ist zu prüfen, ob man bei uns nicht die vielen Steuern, die im Laufe der Zeit gewachsen sind, vereinfachen kann, indem man diesen ganzen Wirrwarr durch einige wenige aufeinander abgestimmte Steuern ersetzt. Schliesslich sollten wir überlegen, wie wir unser Steuersystem international kompatibler gestalten können. Denn es ist schwierig, mit unserem heutigen Steuersystem Doppelbesteuerungsabkommen abzuschliessen. Das sind alles Themen, die man diskutieren und angehen sollte.

Ob es aber wirklich in Richtung Doppelbesteuerungsabkommen gehen soll, scheint man sich derzeit hierzulande auch noch nicht einig zu sein...

Ich sehe Doppelbesteuerungsabkommen eher als eine mittelfristige Sache. Denn die Länder, mit denen die Industrie ein Doppelbesteuerungsabkommen haben will, werden wahrscheinlich Doppelbesteuerungsabkommen mit grossem Informationsaustausch haben wollen, was wiederum unserem Finanzplatz Probleme bringt. Das kann sich vielleicht mittelfristig ändern, aber momentan liegt die Schwierigkeit in den unterschiedlichen Interessen von Industrie und Finanzplatz.

Aber Sie wären an sich überzeugt, dass Flat Tax für Liechtenstein gut wäre?

Das wäre auf jeden Fall gut. Wenn wir die neuen zukunftssträchtigen Steuersysteme in Osteuropa anschauen, dann basieren diese grösstenteils auf Flat-Tax-Ansätzen. Auch in Westeuropa ist sie in Diskussion, nur ist es hier viel schwieriger, ein schon bestehendes Steuersystem auf eine Flat Tax umzustellen, als es auf der «grünen Wiese» einzuführen, wie man dies in Osteuropa tun konnte.

Inwiefern haben Sie dieses Thema bereits einmal mit der Regierung erörtert?

Ich habe das Thema Steuern mit der Regierung diskutiert, insbesondere die Kriterien für ein gutes Steuersystem, die ich ja auch in meiner Rede zur Landtagseröffnung dargelegt habe.

Politisch war 2005 von der «Initiative für das Leben» mitgeprägt: Das Volk hat überwältigend Ja dazu gesagt, gerade in der heutigen Werte bedrohten Zeit den Lebensschutz in der Verfassung explizit zu verankern: Heisst das, dass damit eine Fristenlösung eher in weitere Ferne gerückt ist?

Es ist sicher so, dass der Lebensschutz heute stärker verankert ist wie vorher, denn bisher stand er nur in einem Nebensatz in der Verfassung. Jetzt haben wir den Schutz des Lebens und den Schutz der Menschenwürde ganz explizit verankert. Man kann argumentieren, dass diese Verstärkung des Lebensschutzes und insbesondere die neue Verankerung der Menschenwürde eigentlich auch eine Verstärkung des Schutzes des ungeborenen Lebens bedeuten muss, wenn man die Menschenwürde ernst nimmt. Jedenfalls kann man aus der Volksabstimmung keine Zustimmung für die Fristenlösung ableiten. Es haben ja selbst die Fristenlösungsbefürworter vor der Volksabstimmung gesagt, dass eine Annahme des Gegenvorschlages des Landtages nichts mit einer Zustimmung für die Fristenlösung zu tun hat.

Wie weit ist die im November von der Erbprinzessin gegründete Stiftung zur Unterstützung von Schwangeren in Not inzwischen gediehen?

Derzeit laufen verschiedenste Bemühungen, um die Stiftung konkret zu erstellen. Es wird noch etwas an den Statuten gefeilt, aber die eigentliche Gründung sollte in Kürze erfolgen. Parallel dazu sind schon bestimmte Schritte wie die Personal- und Bürosuche oder die Gestaltung der Webseite im Gange.

Der operative Start ist, wie bereits angekündigt, für März geplant. Im Moment schaut es gut aus, dass dann schon ein Grossteil der dafür notwendig Leute, im Boot sind und gleich funktionsfähig gestartet werden kann.

Sie haben in diesem Jahr im November in Bern Ihren ersten offiziellen Staatsbesuch absolviert: Kritiker haben moniert, dass Sie entgegen den bisherigen Gepflogenheiten ohne Begleitung seitens der Regierung, gereist sind: Warum?

Manche Staatsbesuche finden mit und manche ohne Regierung statt. Das war schon beim Fürsten so. Sein letzter Staatsbesuch in der Schweiz war ein so genannter grosser Staatsbesuch, bei welchem auch alle Bundesräte besucht wurden, und daher war die Regierungsbegleitung auch entsprechend. Mein Staatsbesuch in Bern dagegen war lediglich ein Arbeitsbesuch beim Bundespräsidenten, weshalb es auch nicht angebracht war, mit einer grossen Besetzung anzureisen. Im Grunde ist diese Kritik sowieso völlig sinnlos, da sich unsere Regierungsmitglieder jederzeit selbst mit den Bundesräten treffen können und dies auch tun. Mir kommt vor, dass wir heute anstelle von Hofnarren wohl einige Hofquerulanten haben, die überall versuchen, Keile zwischen Regierung und Fürstenhaus zu treiben.

Das kommende Jahr steht ganz im Zeichen der 200 Jahr-Feier der Souveränität unseres Landes: War es aus Ihrer Sicht einfach göttliche Fügung, dass das winzige Liechtenstein bis heute ein eigener Staat geblieben ist oder was für Faktoren waren für Sie entscheidend?

Sicherlich war auch göttliche Fügung mit dabei. So zeigt das Beispiel des Zweiten Weltkrieges, dass trotz Mut und Weitsicht von Fürst und Volk doch sehr viel Glück zum Überleben notwendig war. Hätte Hitler es sich anders überlegt, wären wir gegen einen Einmarsch machtlos gewesen. Schlussendlich mussten wir uns auf Gottes Fügung verlassen.

Vielleicht war die Kleinheit ja der Vorteil, weil wir als zu kleines Gebilde zu uninteressant waren...

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war es für andere Staaten nicht besonders interessant, Liechtenstein zu besetzen oder sich einzuverleiben. Es gibt ja auch Anzeichen, dass Hitler Angst hatte, sich lächerlich zu machen, wenn er selbst von Berlin den Marschbefehl nach Liechtenstein gibt. Der Putschversuch ist damals ja lokal von Vorarlberg gesteuert worden und hatte nicht wirklich Rückhalt in Berlin. Wäre Liechtenstein damals nicht ein unbedeutender Kleinststaat gewesen, dann hätte das vielleicht anders ausgeschaut.

Bleiben wir noch bei der Souveränitätspolitik: In der Juristenzeitung wurde berichtet, dass das Deutsche Bundesverfassungsgericht ein neueres Urteil gefällt habe, das zu einer Neuaufrollung des Bilderstreites führen könnte: Hat das Fürstenhaus dies bereits thematisiert?

Ich habe diesen Artikel zwar auch gelesen, aber ich glaube nicht, dass sich dadurch tatsächlich etwas ändert. Wir müssen aber mit Deutschland Gespräche führen, um die offenen Fragen zu klären, die durch das IGH-Urteil festgestellt wurden. Es ist ja so, dass der IGH völkerrechtlich verbindlich festgestellt hat, dass es einen Streit zwischen Deutschland und Liechtenstein gibt, und dass dieser Streit durch Deutschland verursacht worden ist. Nun wäre es gemäss Völkerrecht die Aufgabe der beiden Staaten, in diesem Streit eine Lösung zu finden. Ich hoffe, dass es in den nächsten Monaten möglich sein wird, eine befriedigende Lösung zu finden.

Liechtenstein kann nun auf eine 10-jährige EWR-Mitgliedschaft blicken. Im Raum steht jedoch die Frage, wie es um die Zukunft dieses Vertragswerks bestellt ist: Hat der EWR wieder bessere Zukunftschancen, nachdem dieses Jahr augenfällig wurde, dass die EU genug Probleme mit sich selbst hat?

Was die Zukunftschancen des EWR betrifft, war ich nie so skeptisch wie andere. Mittlerweile hat auch in Norwegen und Island ein Stimmungsumschwung eingesetzt. Aus Norwegen hört man, dass für die kommende Legislaturperiode ein EU-Beitritt vom Tisch ist und Island denkt momentan auch nicht daran. Aus dem Blickwinkel der EFTA-EWR-Staaten werden sich also keine grossen Änderungen zum EWR aufdrängen. Ich glaube auch nicht, dass von EU-Seite in den nächsten Jahren grundsätzliche Änderungen gewünscht werden. Man wird nun aufmerksam verfolgen, in welche Richtung sich die EU entwickeln wird. Ich glaube aber weiterhin, dass selbst dann, wenn Norwegen oder allenfalls auch Island einmal der EU beitreten sollten, der EWR für uns die ideale Form der Kooperation ist.

Wenn der EWR dann von der EU überhaupt noch aufrecht erhalten bleibt ...

Sollten diese beiden Länder einmal wirklich der EU beitreten, wird man sich mit der EU unterhalten, inwieweit man nicht den EWR so anpasst, damit er sowohl für die EU wie auch für uns leichter administriert werden kann.

Liechtenstein muss die verschiedenen Optionen frühzeitig prüfen. Im Land scheint man sich einig zu sein, dass ein EU-

Beitritt derzeit nicht in Frage kommt: Wäre demnach eine Variante «EU light» zu prüfen?

Die Frage ist, was eine «EU light» ist. Ich glaube, dass für uns der EWR eine «EU light» ist und denke, dass man eher den EWR als Ausgangsbasis nehmen sollte und ihn dann entsprechend anpassen.

Ein Problem, bei dem die Politik auch 2006 gefordert sein wird, ist die Arbeitslosigkeit in Liechtenstein: Der EWR-Beitritt hat uns nicht nur ein enormes Arbeitsplatzwachstum gebracht, sondern auch eine markant höhere Arbeitslosigkeit: Wie kann man hier Abhilfe schaffen?

Zunächst gilt es festzustellen, was genau die Ursachen dieses Anstiegs der Arbeitslosigkeit sind, um dann die richtigen Massnahmen zu setzen. Ich vermute, dass die Arbeitslosigkeit strukturell und nicht nur auf den EWR zurückzuführen ist. Das heisst, dass sie auch ohne EWR gekommen wäre. Denn in den westeuropäischen Ländern ist ein Strukturwandel zu verzeichnen, der es gerade für schlecht ausgebildete Arbeitskräfte schwierig macht.

Bei einer strukturellen Arbeitslosigkeit ist eine entsprechende Aus- und Weiterbildung wichtig. Auch ist darauf zu achten, dass die Lohnnebenkosten niedrig bleiben, damit die Unternehmungen weiterhin auch weniger gut Ausgebildete beschäftigen. Schliesslich müssen die Anreize für Arbeitslose, wieder eine Arbeit aufzunehmen, möglichst attraktiv sein, um die problematische Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden.

Zum Schluss: Was für einen persönlichen und politischen Vorsatz haben Sie sich für 2006 vorgenommen?

Ich entwickle über das Jahr hindurch persönlich wie auch politisch Vorstellungen, wie die Zukunft aussehen soll, die ich dann umzusetzen versuche. Spezielle Vorsätze zum Jahreswechsel mache ich mir aber nicht.

Sind Sie also wunschlos glücklich?

Ja, ich bin jemand, der an und für sich glücklich ist. Ein Wunsch wäre natürlich, dass es uns 2006 gelingt, im einen oder anderen der angesprochenen Bereiche zukunftsweisende Reformen auszuarbeiten.